Stadt Leipzig

Erster Zwischenbericht

August 2007

Oberbürgermeister der Stadt Leipzig,
Burkhard Jung

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
liebe Leipzigerinnen und Leipziger,

im Mai 2006 stellte ich Ihnen als Oberbürgermeister dieser Stadt meine sieben Handlungsschwerpunkte für die kommenden Jahre vor. Es ist guter Brauch, nach einer gewissen Zeit innezuhalten und auf das Geleistete kritisch zurückzublicken.

Ich darf zunächst konstatieren, dass ich zum Zeitpunkt des Amtsantritts nicht erwartet hatte, in diesem Umfang mit Vergangenheitsbewältigung konfrontiert zu sein. Ich wollte nach vorn schauen und die Zukunft unserer Stadt gemeinsam mit Ihnen im Auftrag unserer Bürgerinnen und Bürger nachhaltig gestalten.

Dass wir dennoch, mit Blick auf die genannten Schwerpunkte, Enormes geleistet haben, möchte ich in Form eines Rückblicks und einer Standortbestimmung darlegen. Und wenn ich „wir“ sage, dann umfasst dieses Wort ebenso die (neue) Verwaltungsspitze und die Mitarbeiter unserer Verwaltung wie die Geschäftsführungen unserer Unternehmen und alle dort Beschäftigten. Sie alle machen Leipzig zu dem, was es ist.

1. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Die Stärkung der hiesigen Wirtschaft, stets verbunden mit dem Ziel, neue Arbeitsplätze in Leipzig zu schaffen und bestehende zu erhalten, ist und bleibt eines unserer wichtigsten Anliegen. Die Zwischenbilanz fällt hier vorsichtig optimistisch aus.

Einerseits bauen Unternehmen, wie etwa Porsche oder BMW, ihre räumlichen Kapazitäten wie auch die Zahl der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus. Im Güterverkehrszentrum sollen insgesamt rund 1.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Amazon hat bereits Ende letzten Jahres seinen Betrieb aufgenommen. DHL hat kürzlich den Testlauf gestartet, und Lufthansa

Cargo wird ab Oktober 2007 interkontinentale Frachtverbindungen vom Flughafen Leipzig/Halle aus starten und dadurch weitere Arbeitsplätze in der Region schaffen. Unser Mittelstand und unsere kleinen Handwerksbetriebe Stadt verzeichnen, so war den jüngsten Verlautbarungen der Kammern zu entnehmen, überwiegend gute Auftragslagen. Im Jahr 2006, so die jüngsten Zahlen des Statistischen Landesamtes, ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Leipzig um fast 10.000 gewachsen, exakt von 191.676 auf 201.140.

So erfreulich diese Entwicklung ist – wir dürfen nicht nachlassen, alles in unseren Möglichkeiten Stehende zu tun, um den Standort Leipzig durch Investitionen in seine Infrastruktur weiter zu stärken. Um für zukünftige Ansiedlungen gewappnet zu sein, wurden daher in den vergangenen Monaten, trotz einer angespannten Haushaltslage, Prioritäten für circa 1.000 Hektar neue Gewerbeflächen festgelegt, die durch Ankäufe bzw. Optionsverträge gesichert werden sollen. Hier sollen vor allem Unternehmen der Technologiebranche exzellente Bedingungen vorfinden. Gemeinsam mit dem Sächsischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit ist es uns gelungen, eine entsprechende Neuausrichtung der einschlägigen Förderrichtlinien zu erreichen.

Aber es ist uns bisher nicht gelungen, und dies ist leider die andere Seite der Medaille, mehr langzeitarbeitslose Menschen unserer Stadt am Aufschwung teilhaben zu lassen. Zwar ist die Arbeitslosigkeit in der Stadt Leipzig von 21,5 Prozent im Juli 2005 auf 17,2 Prozent im Juli 2007 zurückgegangen – dies ist die niedrigste Zahl seit dem Juli 1999 –, mit einer Reduzierung von 4,3 Prozent ist die zwischen der Trägerversammlung ARGE Leipzig und der ARGE Leipzig vereinbarte Schwelle von 5 Prozent jedoch noch nicht ganz erreicht worden. Dennoch bin ich optimistisch, dass uns dies bis zum Jahresende gelingen kann.

Das Ziel, die Zahl der AB-Maßnahmen in 2007 von rund 1.700 im Jahr auf über 3.000 anzuheben, wird meines Erachtens aufgrund verfehlter bun-

despolitischer Entscheidungen – in diesem Jahr stehen hierfür nur noch 40 Millionen Euro zur Verfügung, während es im Jahr 2006 noch 49 Millionen Euro waren – nicht erreicht werden können. Im Jahresdurchschnitt stehen bestenfalls nur 2.100 ABM sowie 1.300 AGH zur Verfügung.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleibt ein zentrales Ziel städtischer Politik, auch wenn die Möglichkeiten unserer Einflussnahme bekanntlich begrenzt sind. Aber mit der Festlegung, den Rückgang der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen weitestgehend durch die Stadt Leipzig und nicht im gemeinnützigen privaten Bereich abzufangen, konnten wir zumindest die Auswirkungen auf freie Träger abfedern. Wir haben uns deutlich zu den Leistungen der vielen Vereine und Verbände bekannt, wenn auch die Reduzierung der ABM-Stellen bei der Stadt schmerzliche Lücken reißt. Wo wir bundespolitisch einwirken können, werden wir uns auch weiterhin für eine Ausweitung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Arbeitsgelegenheiten einsetzen, um auch Langzeitarbeitslosen eine sinnvolle Beschäftigung vermitteln zu können.

Die Entwicklung in diesem Bereich kann und darf uns nicht zufriedenstellen. Wie Sie wissen, arbeiten wir mit Hochdruck an einem entsprechenden Gesamtkonzept, das Gegenstand einer aus meiner Sicht dringend erforderlichen Debatte hier im Hause sein muss.

Manchmal sind es aber nicht die großen Aktionen, die große Wirkung entfalten. Manchmal sind es die eher kleinen Maßnahmen, wie etwa das im Jahr 2006 mit dem Deutschen Förderpreis Kriminalprävention ausgezeichnete „Netz kleiner Werkstätten“, welches langzeitarbeitslosen Jugendlichen hilft, in unserer Gesellschaft wieder Fuß zu fassen.

Leipzig steht mitten im globalen Wettbewerb. Wir konkurrieren um Ansiedlungen, Arbeitsplätze, Fachkräfte und finanzielle Ressourcen. Leipzig muss sich mehr denn je als ein internationales Zentrum in der Mitte Europas definieren. In einer zusammenwachsenden Welt gewinnen die, die

ihren unverwechselbaren Platz innerhalb der internationalen Netzwerke konsequent ausfüllen.

Internationalität gewinnt in der Familie der europäischen Großstädte ein immer größeres Gewicht. Unsere Partner wie z. B. Lyon, Birmingham, Kraków als Partnerstädte oder als engagierte Freunde im Städtenetzwerk EUROCITIES wie Barcelona und Wien haben dies ebenso erkannt. Sie profilieren sich als weltoffene Geschäftsstädte mit multikulturellem Umfeld, als Wissenschaftsstandorte mit hochkarätiger Forschung, als Orte mit kurzen Wegen zwischen Verwaltung, Forschung und Wirtschaft, als Kulturstädte mit einem Mix von besonderen, hochkarätigen Festjahren, bekannten Festivals und hochrangigen Kongressen.

In der Familie der europäischen Städte hat sich Leipzig in den vergangenen Jahren einen exzellenten Ruf erworben, den es zu untersetzen und auszuweiten gilt. Dieses Engagement muss auch über Europa hinausreichen. In den USA, China und im Nahen Osten, insbesondere in Israel, haben wir zahlreiche neue Akzente gesetzt. Nicht zuletzt deshalb habe ich wichtige Delegationen und Präsentationen in diese Länder geleitet und werde dies auch in den nächsten Monaten fortsetzen.

Hier können wir beachtliche Erfolge aufweisen. Die internationale Bedeutung Leipzigs wächst. Wir haben die internationale Präsenz unserer Stadt durch gemeinsame Auftritte unserer Wirtschaftsförderung und unserer Kultureinrichtungen erheblich verbessert. Houston, New York, Nanjing, Lyon und Israel waren im letzten Jahr erfolgreiche Stationen internationaler Werbung für unsere Stadt. Gerade Israel war ein wichtiger Erfolg. Im Juni erhielt ich die Einladung, an der 25. Internationalen Bürgermeisterkonferenz im Oktober in Jerusalem teilzunehmen.

Unsere Freundschaft zu Israel ist mir ein besonderes Anliegen. Wir wollen mit der Stadt Herzliya, die unweit von Tel Aviv liegt, einen israelischen Kooperationspartner gewinnen. Dem dient auch der Leipzig-Tag an der

deutschen Botschaft in Israel, der am 3. Oktober 2008 stattfinden wird. In Leipzig rückt die Eröffnung des Begegnungszentrums der israelitischen Religionsgemeinde näher.

Unsere Einwerbung europäischer Fördergelder kann sich ebenfalls sehen lassen. Ein im April 2007 vom Referat für europäische und internationale Beziehungen vorgelegter Bericht dokumentiert die zunehmende Bedeutung der EU-Projekte für unsere Stadt im Förderzeitraum von 2000 bis 2006.

Vom 26. bis 28. April 2007 fand folgerichtig in Leipzig eine große Konferenz der Europäischen Union zum Thema „Lokale Partnerschaften in der Stadtentwicklung“ statt. Die hier erarbeitete „Leipziger Charta für zukunftsfähige europäische Städte“ wurde am 24. Mai 2007 den in Leipzig versammelten europäischen Ministern für Planung und Stadtentwicklung als offizielles Dokument des Deutschen Städtetages und EUROCITIES übergeben und von diesen ratifiziert. Sie bildet die Grundlage für einen integralen Ansatz überregionaler Stadtpolitik in einem Europa im Wettbewerb der Regionen. Auch in Brüssel wächst die Einsicht, dass nur mit einer starken europäischen Stadt Staat zu machen ist.

Während derartige Entwicklungen effektive regionale Antworten erfordern, werden in Sachsen die Motoren der regionalen Entwicklung, wie etwa Leipzig, in ihrer Leistung durch eine Funktional- und Verwaltungsreform beschnitten, die in ihren Auswirkungen genau das Gegenteil von dem bewirken wird, was erforderlich wäre. Diese Reform, die per 1. Juli 2008 wirksam werden soll, wird wichtige und richtige Forderungen der Stadt Leipzig nicht erfüllen.

So ist die von uns favorisierte Bildung eines Großkreises Leipzig politisch offensichtlich nicht mehrheitsfähig. Mehr noch: Der Landkreis Döbeln wird, wenn der Sächsische Landtag dem Regierungsentwurf folgt, aus dem Regierungsbezirk Leipzig ausgegliedert. Ein Sachverhalt, der die Region

gegenüber dem Status quo schwächen wird und vorhandene Vernetzungen wie den ÖPNV oder den Regionalen Planungsverband zerreißt.

Trotzdem werden wir in unseren Bemühungen für eine starke Region Leipzig nicht nachlassen und die Gespräche mit den Nachbargemeinden und den angrenzenden Landkreisen gemeinsam mit unseren Partnern der Initiative weiterführen. Die mitteldeutsche Kooperation, insbesondere mit Halle, ist auf einem guten Weg.

Kommt die Funktional- und Verwaltungsreform in ihrer geplanten Form, ist eine Anpassung des Kommunalen Finanzausgleichs unabdingbar. Die gebietsstrukturellen Veränderungen bei nur noch drei kreisfreien Städten dürfen nicht unberücksichtigt bleiben. Wir werden keine Benachteiligung gegenüber dem derzeitigen Status quo hinnehmen. Leipzig ist und bleibt das regionale Oberzentrum und muss auch in der Lage sein, seine Verpflichtungen aus dieser Funktion heraus erfüllen zu können. Dazu gehört dringend, dass das Finanzausgleichsgesetz diese Verpflichtungen bei der Zuweisung der entsprechenden Finanzmittel auch nach einer Reform berücksichtigt. Und hier bin ich auch schon beim Schwerpunkt unserer Finanzlage.

2. Haushalts- und Finanzpolitik

Ein zentrales Ziel seit meinem Amtsantritt ist die Wiedererlangung der finanziellen Handlungsfähigkeit. Sie bildet die Grundlage für eine erfolgreiche und nachhaltige Investitionstätigkeit.

Daher haben wir unser städtisches Beteiligungsportfolio analysiert, um einen deutlichen Schritt bei der Umsetzung des mittelfristigen Haushaltssicherungskonzeptes zu gehen. Mit dem Ratsbeschluss vom 15. November 2006 haben wir entscheidende Weichen für unsere Zukunftsfähigkeit gestellt. Dieser Beschluss, der die Anteilsveräußerung der Stadtwerke bis

zu 49,9 Prozent, die Reduzierung des Bürgschaftsvolumens der LWB auf unter 300 Millionen Euro, die Stärkung der LVV und die Vorbereitung einer Anteilsveräußerung der LVV beinhaltet, bildet eine unserer zentralen Handlungsgrundlagen.

Die angekündigte Entschuldungskonzeption der Stadt Leipzig haben Sie in der Ratsversammlung vom 14. März 2007 beschlossen. Damit ist eine nachhaltige Reduzierung der Zinsausgaben im städtischen Haushalt verbunden. Wir planen keine Nettoneuverschuldung, und unsere Verschuldungsquote wird von heute rund 1.750 Euro perspektivisch auf unter 1.300 Euro sinken.

Mit der maßgeblichen Reduzierung der Bürgschaften durch die Umfinanzierungsmaßnahmen der LWB von ca. 570 Millionen Euro in 2006 schon in 2007 auf unter 400 Millionen Euro konnte bereits ein großer Schritt in Richtung der angepeilten Grenze von rund 300 Millionen Euro getan werden.

Sehr erfreulich entwickelte sich in den letzten Monaten das Aufkommen aus der Gewerbesteuer. Allein im Haushaltsjahr 2006 wurden 42 Millionen Euro netto mehr an Gewerbesteuer eingenommen als geplant. Allerdings, und dies wird häufig vergessen, muss berücksichtigt werden, welches Niveau uns die letzte Unternehmenssteuerreform bescherte. Hier waren bekanntlich Mindereinnahmen von damals rund 40 Millionen Euro zu verkraften. Vor diesem Hintergrund sollten wir uns vor zu großen Hoffnungen auf ein kontinuierlich sprudelndes Füllhorn hüten.

Eine Absenkung des Hebesatzes bei der Gewerbesteuer bleibt mein Ziel. Gleichwohl müssen wir der Tatsachen halber konstatieren, dass die von mir im letzten Jahr genannte Grundvoraussetzung einer nachhaltigen Entlastung im Bereich der Sozialausgaben noch nicht eingetreten ist. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist nicht im erhofften Umfang zurückgegangen. Sie betrug im Juli 2007 48.608. Trotz kurzfristig sinkender Fall-

zahlen drohen für die folgenden Jahre im gesamten Sozialbereich Mehrbelastungen in Millionenhöhe. Gleiches gilt für den Kita-Bereich und die wirtschaftliche Jugendhilfe. Noch ist unser Haushalt nicht ausgeglichen.

Mittlerweile arbeiten wir mit dem Finanzausgleichsgesetz 2007/2008. Es ist dabei eine Konstanz der allgemeinen Deckungsmittel und Schlüsselzuweisungen zu verzeichnen. Die Deckungsmittel insgesamt sind auf dem Niveau von 2006 geblieben. Es haben sich aber auch Verbesserungen ergeben. So wurde die Switchklausel zur Umschichtung von der allgemeinen zur investiven Schlüsselzuweisung auch auf unser Betreiben hin wieder abgeschafft, der Anteil der investiven Schlüsselzuweisung wurde für 2007 und 2008 zugunsten der allgemeinen gesenkt, die Wohngeldentlastung wird in den Jahren 2007 und 2008 erhöht. Negativ zu verzeichnen ist allerdings, dass keine Festsetzung der Nivellierungshebesätze erreicht wurde und der Ansatz der Bedarfszuweisungen nach unten korrigiert wurde.

Unser Ziel bei der Verteilung ist nach wie vor die stärkere Berücksichtigung der großen kreisfreien Städte als Standorte kommunaler Einrichtungen, Arbeitsplatzzentren und Motoren der regionalen Entwicklung. Leipzig trägt im Sozialbereich überdurchschnittliche Lasten, die durch die derzeitige Gewichtungsstaffel nicht abgebildet werden. Hier werden wir für eine entsprechende Berücksichtigung im Ausgleichssystem kämpfen. Optimistisch wage ich zu prognostizieren, dass wir 2009 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen werden.

3. Jugend- und Familienpolitik

Die spürbare Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien und Kinder betrachte ich als eine Aufgabe der gesamten Stadtgesellschaft. Vordergründig werden wir am Vorhandensein von Betreuungsplätzen gemessen, an einer Infrastruktur, die unseren Kindern bis zum Schuleintritt

ohne Zugangsbeschränkung eine hochwertige und vielfältige Betreuung ermöglicht. Hier haben wir unser Angebot deutlich verbessert. So beinhaltet die bestätigte Kitaplanung für 2007 weitere 1.667 zusätzliche Plätze. Dies bedeutet, dass wir inzwischen 30.357 Plätze für die Betreuung unserer Kinder bis zum Schuleintritt haben, davon 3.700 Krippenplätze (300 mehr als 2006!) und 13.976 Kindergartenplätze.

Unsere Bedarfsplanung für 2007 richtet sich nach der Nachfrage, dem politischen Willen und den finanziellen Rahmenbedingungen. Dies ist immer wieder bei der Bedarfsplanung für Krippenplätze zu berücksichtigen. Ich freue mich daher ganz besonders, dass dieser Kontext es ermöglicht hat, die Zahl der Krippenplätze in diesem Jahr so deutlich zu erhöhen. Der Versorgungsgrad für die Kinder von null bis drei Jahren beträgt damit inklusive der Tagespflege 38 Prozent, für die fünfjährigen Kinder sogar 95 Prozent. Das ist bundesweit ein Spitzenwert.

Unser langfristiges Konzept bis 2020, das wir im Juni hier verabschiedet haben, sieht weitere Zuwächse an Plätzen vor und qualifiziert diesen Zuwachs anhand der detaillierten Analyse noch stärker mit gezielten Ausgleichsmaßnahmen zwischen Nachfrage und Angebot. Insgesamt rechnen wir bis 2015 mit einem Investitionsbedarf von rund 28 Millionen Euro. In diesem Jahr investiert die Stadt Leipzig bereits rund 5,4 Millionen Euro im gesamten Kita-Bereich. Zusätzlich können wir damit etwa 2,26 Millionen Euro Fördermittel des Freistaates einsetzen.

Einige Kindertagesstätten haben wir im vergangenen und in diesem Jahr bereits eröffnen können. Gut sichtbar wird auch hier unser Anspruch, neben einer vorbildlichen Infrastruktur die Vielfalt der Angebote unbedingt zu erweitern, neue Modelle und Möglichkeiten zur Bildung und Erziehung von Kindern zu befördern und die Einrichtungen weiter in das Stadtleben zu integrieren und sie zu öffnen. Ich erinnere an die unlängst in Dölitz eröffnete Kita „Frühblüher“ inmitten des Seniorenwohnparks, die junge und alte

Menschen in eine tagtägliche Begegnung bringt, ein wechselseitiges Verstehen, Zusammenarbeit und Hilfe ermöglicht.

Ich erinnere an den Ausbau integrativer Konzepte, an verschiedene Einrichtungen für Kinder mit Behinderungen oder besonderem Betreuungsbedarf und an die inzwischen weiter gewachsene Vielfalt von pädagogischen Ansätzen und speziellen Fördermöglichkeiten. Für eine neue Kita in der Innenstadt wurde am Forum Thomanum im Mai 2007 der Grundstein gelegt mit dem Schwerpunkt einer frühzeitigen allgemeinen und musischen Bildung.

Auch im außerschulischen Bereich der Betreuung und Bildung haben wir neue Maßstäbe gesetzt. Wir bauen die Ganztagsbetreuung kontinuierlich und verstärkt aus: 68 Schulen Leipzigs haben es geschafft, in das Förderprogramm des Freistaates zu kommen! Die Konzeptionen und die Analyse dafür sind vorbildlich und haben ihre Strahlkraft über Leipzig hinaus entwickelt. Es wird ein Kraftakt werden, die Kofinanzierung zu stemmen, finanziell und auch personell. Wir prüfen gerade sehr intensiv, wie wir hier vorankommen können, um für Leipzig die Möglichkeiten, die das Förderprogramm offeriert, realisierbar zu machen.

Für ein Spielraumkonzept in der Innenstadt haben wir erstmals ein Fundament gelegt! Im zweiten Halbjahr sollen im Rahmen einer Spielraumwerkstatt mit Kindern und deren Familien Ideen für verschiedene Standorte entwickelt und konkrete Umsetzungsprojekte abgeleitet werden. 30.000 Euro wurden hierfür Anfang des Jahres im Haushalt eingestellt, für 2008 haben wir in der Dienstberatung für den Bau und die Sanierung von Spielplätzen 200.000 Euro bestätigt. Damit können die Sanierung des Spielplatzes im Clara-Zetkin-Park fortgesetzt und Spielangebote in der Innenstadt geschaffen werden. Annähernd 50 Prozent der insgesamt 394 Spielplätze wurden bereits mit dem Ziel überprüft, zumindest den kurz- bis mittelfristigen Investitionsbedarf für die öffentlichen Spielplätze zu ermit-

teln. Auf dieser Basis werden dann Prioritäten für die Neugestaltung bzw. die Sanierung weiterer Anlagen gesetzt werden können.

All das und noch viel mehr gehört zu den Rahmenbedingungen, die das Leben mit Kindern erleichtern können und die ausschlaggebend sein werden, wenn es darum geht, eine wachsende Stadt in vielen Bereichen zu sein. Auf diese Weise fördern wir spürbar die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und leisten aus bildungspolitischer Sicht einen nicht unerheblichen Beitrag zu sozialer Chancengleichheit und Prävention.

4. Stadtentwicklungs- und Strukturpolitik

Durch das Engagement zahlreicher Akteure, durch vielfältige Stadtentwicklungs- und Stadtumbaumaßnahmen und nicht zuletzt durch ein intelligentes Ausschöpfen der verschiedenen Fördertöpfe und die Erfindung neuer Instrumente gilt Leipzig bundesweit als Vorreiter der Stadtentwicklungspolitik.

Im Stadtumbau sind wir an einem wichtigen Punkt angekommen. Vieles wurde erreicht, etwa 80 Prozent der Gründerzeitgebäude sind saniert, der Wohnungsleerstand ist von 20 Prozent (63.000 WE) im Jahr 2000 auf 14 Prozent (45.000 WE) im Jahr 2005 zurückgegangen. Dennoch können weder der Wohnungsmarkt noch die Schwerpunktgebiete des Stadtumbaus als konsolidiert betrachtet werden. Hinzu kommt, dass die Rahmenbedingungen schwieriger geworden sind. Wie bekannt, ist Leipzig ein sogenanntes „phasing-out“-Gebiet mit degressiver EU-Unterstützung, die bis 2014 ausläuft. Um diesen sehr begrenzten Zeitraum effektiv zu nutzen, wird zurzeit eine Steuerungs- und Koordinierungsstelle zur Beantragung von EU-Fördermitteln für die Programmperiode 2007 bis 2013 eingerichtet.

Die Grundlage unserer zukünftigen Stadtentwicklungsstrategie und des damit verbundenen Fördermitteleinsatzes, ein integriertes Stadtentwicklungskonzept für das nächste Jahrzehnt, das SEKo, wird derzeit unter Federführung des Stadtplanungsamtes erarbeitet. Über diese grundlegende Konzeption wird der Stadtrat zu beschließen haben. Die Fachplanungen werden in noch viel stärkerem Maße als bisher miteinander vernetzt werden. Wir erhoffen uns, dass – insbesondere vor dem Hintergrund knapper werdender Ressourcen – hierdurch erhebliche Synergieeffekte beim Fördermitteleinsatz erzielt werden können.

Die bisherige Strategie von Stabilisierung, Rückbau und neuen stadträumlichen Ergänzungen werden wir fortführen. Doch werden wir diese, wie von der Stadtwerkstatt empfohlen, noch präziser auf die verschiedenen Stadträume zuschneiden. Bereits beschlossene Großinvestitionen werden weitergeführt, insgesamt liegt der Schwerpunkt zukünftig aber stärker auf Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen.

Im April hat sich der Stadtrat nach ausführlicher Diskussion mit überwältigender Mehrheit für die Brühlbebauung ausgesprochen. Die städtebaulichen Vorgaben wurden in den Ausschreibungsunterlagen akribisch festgeschrieben. Auch wenn ein Restrisiko bleibt, so haben wir doch das Mögliche getan, damit die von uns gewünschte positive Ausstrahlung auf die City tatsächlich eintreten kann. Unsere Innenstadt als städtische Perle weiterzuentwickeln, bleibt ein zentrales Ziel.

Weitere Großprojekte stehen vor der Vollendung oder sind auf einem guten Weg. Ende des Jahres werden wir das Grassi-Museum einweihen. Der Baustart für Gondwanaland im Leipziger Zoo wird voraussichtlich zum Jahresanfang 2008 erfolgen. Den City-Tunnel betrachte ich als eine Riesenchance für die Entwicklung Leipzigs. Die Bauarbeiten kommen gut voran, sodass von einer Inbetriebnahme zum Jahreswechsel 2011 ausgegangen werden kann.

Mit dem Straßen- und Brückenbauprogramm haben wir klare Schwerpunkte für den Erhalt vor Neubau gesetzt und außerdem das Gebäudesicherungsprogramm fortgeschrieben.

5. Kultur- und Wissenspolitik

Leipzigs kulturelle Vielfalt zu erhalten und zu stärken, muss uns allen ein besonderes Anliegen sein. Mit zahlreichen Maßnahmen ist uns dies im vergangenen Jahr gelungen. Wir haben trotzdem über die Hälfte des festgelegten Sparbeitrages der Institutionen bis 2011 bereits erbracht.

Und wir waren bereit, im Rahmen des Notwendigen und des Möglichen zu investieren. Dies betrifft die „äußeren Hüllen“ der Gebäude, wie die Sanierung der Oper, der Erwerb des Gebäudes der Musikschule im Zentrum der Stadt, der Kauf unseres Schauspielhauses oder die Anstrengungen für unsere Stadtbibliothek zeigen.

Dies betrifft aber auch die Stärkung der künstlerischen Strahlkraft unserer Kulturlandschaft: Der Intendantenwechsel am Schauspiel ist mit einer sehr guten Wahl eingeleitet worden. Das Bachfest präsentiert sich mit einer sehr positiven Bilanz. Und ich bin sicher, dass wir in naher Zukunft auch für die Oper, trotz der ohne Zweifel nicht einfachen Situation, eine gute Entwicklung einleiten können.

Die kommenden Jahre müssen aber einen weiteren Schub in der internationalen Ausstrahlung und der Publikumsresonanz unserer großen Einrichtungen bringen. Im Stammbuch des Museums der bildenden Künste steht die Forderung nach einer deutlichen überregionalen Ausstrahlung. Seit 24. Juni dieses Jahres steht darin aber auch der überaus erfolgreiche Abschluss der Max Klinger Ausstellung mit 43.000 Besuchern und einer internationalen Wahrnehmung. Ganz ohne Stärkung im Marketing kom-

men wir hier nicht aus. Daher planen wir im kommenden Jahr eine Personalaufstockung für diesen Bereich.

Ein weiteres Großprojekt nähert sich seinem erfolgreichen Abschluss: die Eröffnung des Museums für angewandte Kunst im vollständig sanierten Grassi-Museum. Die Kunstwelt gewinnt damit ein architektonisches Kleinod zurück, das europaweit seinesgleichen sucht. Das Grassi-Museum für angewandte Kunst zählt zu den 20 im „Blaubuch“ der Bundesregierung erfassten kulturellen Leuchttürmen von gesamtstaatlicher Bedeutung. Mit der Wiedereröffnung dürfen wir berechtige Hoffnungen verknüpfen.

Natürlich haben wir stets auch die freie Szene im Blick, ohne die wir nicht von Vielfalt, von einem wichtigen Stück Lebenskultur Leipzigs reden könnten. Es ist gut, dass es hier keine weiteren Kürzungen der Vereine gegeben hat. Dennoch muss es erlaubt sein, über die Richtung, Konzentration und Synergieeffekte der Förderung nachzudenken. Auch hier haben sich die Bedingungen und die Strukturen verändert. Ich trete dafür ein, dass die soziokulturellen Zentren Planungssicherheit bekommen und ihre Rahmenverträge zu diesem Zweck verlängert werden. Der starke Motor von Kreativität und Innovation in diesem Bereich muss weiter laufen. Ein im Übrigen wichtiger Beleg für die Beobachtung, dass Geld nicht zwangsläufig am Anfang aller guten Ideen steht.

In diesem Zusammenhang sollten wir uns noch einmal die Fußball-Weltmeisterschaft in Erinnerung rufen. Eine bessere globale Werbung für unsere Stadt war schwerlich vorstellbar. Fast 14 Tage lang stand Leipzig im Zentrum der internationalen Sportöffentlichkeit. Dass sich unsere Übernachtungszahlen erfreulich entwickeln, dass der Tourismus zu einem gewichtigen Wirtschaftsfaktor geworden ist, ist nicht nur der Weltmeisterschaft zu verdanken. Aber es zeigt, welch große Sogkraft derartige Ereignisse haben und wie sinnvoll es ist, sich um Veranstaltungen dieser Art auch weiterhin intensiv zu bemühen.

Die geistige Wahrnehmung einer Stadt wird aber nicht nur durch Besucherzahlen und Investitionssummen geprägt. Zum Glück, möchte ich meinen! Von „Wissenspolitik“ zu reden, heißt zu verstehen, dass sich heute Produktivität und Qualifikation, Leben und Arbeit, Management und Führung in neuer Weise einander zuordnen. Wenn wir von der „Wissensgesellschaft“ reden, dann markiert dieses neue Wort die Tatsache, dass sich unser wirtschaftlicher, wissenschaftlicher, politischer und kultureller Wissensstand im Angesicht weltweiter Vernetzungen grundlegend verändert, dass neue globale Bedingungen die Institutionen und die Individuen gleichermaßen herausfordern.

Es liegt daher in unserem ureigensten Interesse, diese veränderten Konstellationen zur Kenntnis zu nehmen und im Verbund mit unseren Hochschul- und Forschungseinrichtungen darauf zu reagieren. Im letzten Jahr sind uns einige erfolgreiche Neuansiedlungen gelungen. Dies ist in vielen Fällen das Ergebnis jahrelanger politischer Lobby- und Überzeugungsarbeit für Leipzig. Am 22. September 2006 erfolgte die Grundsteinlegung des Fraunhofer-Instituts für Zelltherapie und Immunologie, kurz IZI genannt. Leipzig hat mit dem IZI einen wissenschaftlichen Leuchtturm von internationalem Rang gewonnen. Um diese Ansiedlung haben wir ein halbes Jahrzehnt auf allen politischen Ebenen gekämpft. Schon jetzt zeigen sich erste Erfolge. Ein Ausbau des Institutkomplexes ist schon jetzt in Planung, der bereits III. Weltkongress für Regenerative Medizin findet im Oktober dieses Jahres auf der Messe statt und das städtische Cluster „Gesundheit, Biotechnologie, Biomedizin, Life Sciences“ ist nachhaltig gestärkt worden.

Die Stadt Leipzig hat dieses Projekt durch die Bereitstellung des Grundstücks sowie mit 4 Millionen Euro aus Mitteln der „Leipziger Stiftung für Innovation und Technologietransfer“, ab 2006 sind dies 800.000 Euro für fünf Jahre, gefördert. Als Forschungsstandort sind wir mit dem IZI erheblich aufgewertet worden. In Leipzig sind nun alle vier großen außeruniver-

sitären Forschungseinrichtungen – die Max-Planck-Gesellschaft, die Helmholtz-Gemeinschaft, die Leibniz-Gesellschaft und nunmehr auch die Fraunhofer-Gesellschaft mit zwei Institutionen, dem IZI und dem Mittel- und Osteuropazentrum – vertreten.

Bis zur Fertigstellung des Institutsgebäudes ist das IZI in der Bio-City untergebracht. Die Bio-City ist damit voll ausgebucht. Die Stadt Leipzig hat sich vor einigen Jahren sehr bewusst dafür entschieden, am Deutschen Platz einen Schwerpunkt für zukunftsorientierte Wissenschaften zu entwickeln. Wo im Jahr 2000 noch brache Fläche lag, befinden sich heute das Max-Planck-Institut für evolutionäre Anthropologie, die Bio-City Leipzig und nun das Fraunhofer-Institut für Zelltherapie und Immunologie. Mit Fug und Recht lässt sich sagen: Hier wächst ein wissenschaftlicher Campus heran, der internationalen Ansprüchen genügt. Wir werden diese Entwicklung weiter vorantreiben.

6. Ordnungs- und Umweltpolitik

Der Stadtrat hat den „Lokalen Aktionsplan“ gegen Rechts verabschiedet, mit dem sich die Stadt Leipzig beim Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend für das Bundesprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ bewirbt. Durch eine verstärkte ämter- und verwaltungsübergreifende Kooperation wollen wir eine neue Qualität der antinazistischen Aufklärung und Vorbeugung erreichen. Dazu gehören kleine Gesten, wie z. B. Auszeichnung von „Schulen der Toleranz“, wie aber auch klare politische Signale, dass in dieser Stadt kein Platz für Ewiggestrige ist. Insofern wollen und werden wir alle möglichen Mittel ausnutzen, derartigen Bestrebungen entgegenzutreten.

Nachhaltigkeit und Klimafragen sind aktuell in aller Munde. Niemand kann diesen Themen ausweichen. Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsi-

dentschaft fand vom 8. bis 10. Mai 2007 in Leipzig das vierte BMBF-Forum für Nachhaltigkeit statt. Die Bedeutung der Nachhaltigkeitsforschung, die im Leipziger Helmholtzzentrum für Umweltforschung einen starken Akteur besitzt, wurde in einer Erklärung „Nachhaltige Nachbarschaft – von Lissabon nach Leipzig durch Forschung“ unterstrichen. Auch unsere Kommunalpolitik muss sich dem ökologischen Primat stärker als bisher verpflichtet fühlen.

Einiges ist in Leipzig schon erreicht. So haben gerade unsere städtischen Unternehmen große Anstrengungen unternommen, ihre Öko-Bilanz zu verbessern. In den Jahren nach der Wende bis heute wurde in unserer Stadt über eine halbe Milliarde Euro in umweltgerechte Infrastruktur investiert. Neueste Umweltstandards werden nahezu überall um- und eingesetzt. Aber, und auch dies gehört zu einer sachlichen Diskussion, es muss auch angemessen und vor dem Hintergrund der Finanzlage auch bezahlbar sein. In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns derzeit bei der internen Diskussion um die Fortschreibung unseres Klimaschutzprogramms.

Was wäre Umweltpolitik ohne einen effektiven, aber eben auch bezahlbaren ÖPNV. Auch dafür haben wir am 18. Juni mit Beschluss über die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes eine neue Basis geschaffen. Er liefert eine gute Grundlage, unser Angebot an den veränderten verkehrspolitischen Rahmenbedingungen zu orientieren. Nun steht die Anpassung des Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrages auf der Agenda.

Für eine lebenswerte Stadt zählen viele kleine und große Verbesserungen für ein positives Image, auch hier nur ein Beispiel: Kürzlich wurde das Mendelssohnufer eingeweiht, in den nächsten Jahren werden weitere Abschnitte des Elstermühlgraben geöffnet werden. Die Kleingartenkonzeption liegt vor, und am 17. April 2006 wurde bereits zum achten Mal der Leipziger Agenda-Preis vergeben. Aus meiner Sicht sind dies alles wichtige Schritte, die Attraktivität Leipzigs nachhaltig zu stärken. Nicht alles, was wünschenswert ist, ist hier bezahlbar. Aber vieles ist machbar, wenn

wir eine ökologische Rationalität an den Tag legen, die ihren Wert in einer mittel- und langfristigen Perspektive entfalten wird. Unter diesem Gesichtspunkt sehe ich den kommenden Diskussionen um das Klimaschutzprogramm und den Luftreinhalteplan entgegen.

Seit 2007 haben wir zudem wieder mehr Mittel für die Pflege und Erhaltung des Straßenbegleitgrüns eingestellt. Zu Leipzigs Ausstrahlung tragen eben auch Sauberkeit und Ordnung bei. Hier wollen wir noch besser werden.

7. Bürgerschaft, Verwaltung, Demokratie

Bei Amtsantritt war mein Versprechen, bestehende Verfahren der Bürgerbeteiligung auszubauen und neue zu testen. Ganz in diesem Sinne treffe ich regelmäßig bei Sprechstunden im Stadt- oder Ortsteil mit Bürgerinnen und Bürgerinnen zusammen. Zuhören und Handeln sind wichtige Grundlagen für eine bürgernahe Orientierung.

Zweimal jährlich finden Arbeitsgespräche mit den Ortsvorstehern und den Ortschaftsräten statt. Ich bin vor Ort und habe zur verwaltungsseitigen Absicherung eine eigene „Geschäftsstelle Ortsvorsteher/Ortschaftsräte“ eingerichtet. Damit ist die Basis für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und einen konstruktiven Dialog zwischen Stadtverwaltung und den Ortsteilen geschaffen. Wir haben den Stadtbezirksbeiräten die Möglichkeit einer frühzeitigen Beteiligung an Fachplanungen eingeräumt, was im Ergebnis zu mehr Transparenz und Einfluss hinsichtlich der jeweiligen Haushaltsplanentwürfe führen wird.

Ich besuche insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen, um die Diskussion über deren Erwartungen und unsere Möglichkeiten zu befördern. Und last but not least arbeiten wir derzeit mit Hochdruck an einer Fortentwicklung der internen und externen Kommunikation auf dem Wege

hin zu E-Government-Lösungen. Neben Call-Center-Projekten sind wir nun auch auf gutem Wege, noch 2007 das elektronische Ratsinformationssystem (eRIS) vollständig in Betrieb zu nehmen. Davon werden auch die Stadträtinnen und Stadträte profitieren.

Wenn wir über bürgerschaftliches Engagement reden, dann umfasst dies erheblich mehr als die Eröffnung neuer Beteiligungsoptionen oder die öffentliche Würdigung zivilgesellschaftlicher und ehrenamtlicher Arbeit. Ohne bürgerschaftliches Engagement würde an vielen Stellen unserer Stadt ein großes Stück Lebensqualität fehlen. Dieses Engagement hat Leipzig aus meiner Sicht stets ausgezeichnet. Es ist das Fundament, worauf Leipzig letztlich gebaut ist. Wozu dies im Ergebnis führen kann, haben die Ereignisse von 1989 eindrucksvoll gezeigt.

Aus diesem Grunde haben wir das Thema „Friedliche Revolution 1989“ neu in den Fokus genommen. Zielpunkt ist für uns das Jahr 2009. Dann feiern wir nicht nur 20 Jahre Friedliche Revolution, sondern gleichzeitig 40+20 Jahre Freiheitliche Demokratie. Der 9. Oktober 1989 muss als ein zentrales Datum der deutschen Nationalgeschichte bekräftigt werden. Ich habe daher den von Kurt Masur und Christian Führer initiierten Aufruf „40 + 20 = 60 Jahre Bundesrepublik“ unterzeichnet.

Wir werden aber das Thema Friedliche Revolution 1989 auch stadtpolitisch aufwerten. 1989 soll eine deutlich erkennbare Botschaft im Rahmen des Stadtmarketings werden. Die Feierlichkeiten und Veranstaltungen um den 9. Oktober werden wir in attraktiver und würdiger Weise neu gestalten. Am Vorabend, dem 8. Oktober, wird der „Preis für die Freiheit und Zukunft der Medien“ vergeben. Der 9. Oktober dient der Erinnerung, Diskussion und Vergegenwärtigung des Ereignisses.

Bei allen Aktivitäten dient uns das Jahr 2009 als Fixpunkt. Wir wollen die verschiedenen Aktivitäten sinnvoll verknüpfen, um dem Ereignis „9. Oktober 1989 – Friedliche Revolution“ auf städtischer, nationaler und internati-

onaler Bühne ein singuläres Profil zu verleihen. Auch deshalb werden wir einer Straße oder einem Platz im Innenstadtbereich 2009 einen neuen Namen geben, der an die Friedliche Revolution erinnert. Die Bürgerausschreibung zur Orts- und Namensfindung ist momentan im Gange. Ihre Ergebnisse werden dem Stadtrat im Herbst zur Entscheidung vorgelegt werden.

Soweit ein erster Zwischenbericht zu meiner Amtszeit. Viele Bereiche und Beispiele hätten es verdient, umfassender dargestellt bzw. hinzugefügt zu werden.

Eine Erkenntnis habe ich in den Monaten meiner Amtszeit vertieft: Leipzig ist eine großartige Stadt, eine Stadt der Messe und des Handels, eine Stadt der Wirtschaft und der Wissenschaft, eine Stadt voller urbaner Qualität und kultureller Ausstrahlung, eine Stadt mit attraktiven Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten, eine Stadt mit kritischen und engagierten Bürgern. Mit einem Wort: eine Stadt, die all unsere politischen Anstrengungen wert ist.

Stadt Leipzig
Der Oberbürgermeister

August 2007